

14. April 1916.

Kard. Adl.
für Aufklärung
1574

HERAUSGEBER UND VERANTW. REDAKTEUR FRANZ WISCH
29. Jahrg. Wien, Freitag, 14. April 1916. Abends.

WIENER GEMEINDERAT
Sitzung vom 14. April.

Vorsitzender Bürgermeister Dr. Weiskirchner eröffnet die Sitzung und bringt nachstehende Entscheidung der Statthalterei zur Kenntnis: Mit der Eingabe vom 26. Februar 1916 haben die Gemeinderäte Josef Stein, Alois Moissl und der Bezirksvorsteher Dr. Leopold Blasel gegen die Anordnung des Bürgermeisters, mit welcher den beiden Erstgenannten die Ausübung ihrer Mandate, dem Letztgenannten die Teilnahme an der Gemeinderatssitzung unmöglich gemacht wird, Beschwerde erhoben und um Aufhebung dieser Anordnung gebeten.

Wie aus dem über diese Beschwerde erstatteten Bericht hervorgeht, hat der Bürgermeister die drei Beschwerdeführer, sowie alle übrigen Gemeinderäte, welche zu militärischer Dienstleistung einberufen waren, zu der Gemeinderatssitzung am 22. Februar a.o. nicht eingeladen.

Auf Grund des § 7 des Wiener Gemeindestatutes wird ich zu entscheiden, dass die Nichteinladung der Gemeinderäte Alois Moissl, und Josef Stein und des Bezirksvorstehers Leopold Blasel zu der Gemeinderatssitzung am 22. Februar 1916 gegen das zitierte Gesetz verstößt.

Gründe:

Nach § 9 der Gemeindevahlverordnung sind aktiv dienende Offiziere sowie die dem aktiven Mannschaftsstande angehörigen Militär (Landwehr) Personen einschliesslich der zeitlich beurlaubten von der Wahlberechtigung ausgenommen und nach § 14 der Gemeindevahlordnung auch nicht wahlbar, voraus sich im Hinblick auf die Bestimmungen des § 23 Absatz 6 des Wiener Gemeindestatutes allerdings ergeben würde, dass Gemeinderäte, beziehungsweise nach § 26 der Gemeindevahlordnung Mitglieder der Bezirksvertretung, bei welchen diese Voraussetzungen nicht eintreten, ihres Amtes als Mitglieder des Gemeinderates, beziehungsweise der Bezirksvertretung verlustig werden.

Eine Bestimmung jedoch, wonach Gemeindefunktionäre, die zur vorübergehenden Ausübung ihres Mandates zu suspendieren seien, kennt das Wiener Gemeinderatsstatut nicht.

Es unterliegt übrigens keinem Zweifel, dass nach der Ansicht des Gesetzgebers unter aktiv dienenden Offizieren nur jene Personen zu verstehen sind, welche dem Militärstande als Beruf angehören, unter den dem aktiven Mannschaftsstande angehörigen Militär- & Landwehr) Personen nur jene, welche entweder ihrer gesetzlichen Präsenzdienstpflicht Genüge leisten oder über die selbe hinaus aus freiem Willen weiter dienen.

Die Gemeinderäte Alois Moissl, Josef Stein und Dr. Leopold Blasel

zu dieser Kategorie von Militärpersonen nicht gehören und demnach die Bestimmungen des § 9 der Gemeindevahlordnung auf dieselben keine Anwendung finden, andere die Ausübung ihrer Mandate einschneidenden Folgen aus ihrer militärischen Dienstleistung aber nicht abgeleitet werden können erscheinen dieselben auch zwar die Gemeinderäte Alois Moissl und Josef Stein zur Ausübung ihrer Gemeinderatsmandate, der Bezirksvorsteher Dr. Leopold Blasel zur Teilnahme an Gemeinderatssitzungen (§ 91 Gemeindestatut) berechtigt, und ist daher in ihrer Nichteinladung zur Gemeinderatssitzung am 22. Februar 1916 ein Verstoß gegen das Wiener Gemeindestatut zu erblicken.

Der Bürgermeister bemerkt hierzu: Ich habe die Einladung der zur aktiven Dienstleistung einberufenen Gemeinderäte verlesen. Gegen diese Verfügung des Statthalters steht binnen 4 Wochen der Rekurs an das Ministerium des Innern offen. Ich weiss aber nicht, wer zur Erreichung des Rekurses legitimiert ist. Ich ergreife keinen Rekurs (Dr. Hain: Das glaube ich auch!) Na? warum denn nicht. Ich frage mich, dass aktiv dienende Gemeinderäte zu den Sitzungen erscheinen können. Möge es nie zu Kollisionen kommen, sie kommen auf ihre Gefahr und ihr Risiko herein.

Der Herr Abgeordnete Alois Moissl hat in Bezug auf den Freies Presse für Wiener Wohlfahrtsvereine 3000 K. sich diese Spende in 3 gleichen Teilbeträgen dem Zentralverein für Hauskrankenpflege, dem Zentralverein „Maria Josephina“ und dem Vereine zur Errichtung von Volksküchen nach israelitischer Ritus überwiesen. - Die an Stelle des Bürgermeisters im 13. Bezirk von der Bezirksvertretung veranstaltete Wohltätigkeitskonzertakademie hat ein Reinerträgnis von 3341 K ll h ergeben, welches an Wohltätigkeitsvereine des Bezirks zur Verteilung gebracht wurde. - Exzellenz Graf Bienenrath-Schmerling anlässlich der Verleihung des Ehrenbürgerrechtes einen Betrag von 1000 K für die Armen der Stadt Wien. - Herr Friedrich Allina anlässlich eines Zivilprozesses 1000 K für die Armen. - Der Wiener Geflügelzuchtverein 500 K in Kriessanleihe für allgemeine Kriessfürsorgezwecke. Die Administration der Neuen Freien Presse eine bei ihr eingelangte Spende von 50 K zugunsten armer Musiker. Herr und Frau Karl Marie Jeschek in Hietzing 500 K für die Armen des Bezirkes. Frau Amalie Amrein 200 K zur Bekleidung und Beschuhung armer Schulkinder des 20. Bezirkes. Die Firma Hermann Weiffenbach dem Kommando der städtischen Feuerwehr anlässlich der Hilfeleistung bei einem Brande in der Fabrik 200 Kronen. Die I. Oesterr. Turnerschaftefabrik J. Plaschkowitz anlässlich der Hilfeleistung bei einem Brande 40 Kronen. Die Firma M. Esterluis der städt. Kinderpflegeanstalt einen ihr von befreundeter Seite übergebenen Betrag von 50 K.

Für die städtischen Sammlungen haben gespendet Zahnarzt Dr. Heinrich Rieder ein Oelgemälde von Franz Tomaschu „Der letzte Wiener Harfanist“; das Spitalskommando des Vereinesreservespitals vom roten Kreuz in Wien I. Herzelgasse 14 zwei Plaketten dieses Spitals mit dem Bildnisse der Erzhersogin Maria Theresese mit ausdrücklichen Bemerkungen, dass dies mit gnädigster Bewilligung Ihrer kaiserlichen Hoheit geschehen ist; Direktor der städtischen Stellwarenunternehmung Oberinspektor Liffka 3 montenegrinische Medaillen, 7 serbische und montenegrinische Geldstücke, 4 montenegrinische Geldwertzeichen, Erzproben aus Montenegro, 2 Alben; Präsidentin Henriette Feilchenfeld ein altes Wiener Hohlmass.

Die Holzsammlung für arme, welche für das Jahr 1915/16 durch das Marktamt durchgeführt wurde, hat einen Barbetrag von 1000 Kronen und 36 Raummeter Brennholz ergeben, somit einen Gesamtwert von beiläufig 1200 Kronen. - Die Firma Felbermayer & Cie haben einen Betrag von 4000 K gespendet und zwar 2000 K zur Errichtung von Kriegerheimstätten und 2000 K für die Fürsorgekommission für Angestellte.

Den Spendern wird der Dank ausgesprochen. Der Herr Abgeordnete Skaret und Genossen stellen folgende Anfrage: Wenn Tare vor Kriegsausbruch haben die sozialdemokratischen Gemeinderäte eine Anfrage an den Bürgermeister gestellt, ob das er die Freigabe der Rasenflächen in den Wiener öffentlichen Parkanlagen sofort zu veranlassen, ob das geneigt ist, wenn das Stadtbaumeister zu beauftragen, alle heute noch unbetonten und unverbauten Gründe in allen Bezirken Wiens aufzunehmen und sie nach dem Gesichtspunkte, was ihnen Kinderspielplätze zu machen, zu beurteilen, ob das geneigt ist, die so ermittelten Gründe der Gemeinde zu sichern und sie möglichst rasch ihrer Bestimmung zuzuführen, weiters ob das geneigt ist, im Gebiete des geplanten Wald- und Wiesengürtels weite Rasenflächen für Spiel- und Sportplätze schon heute zu sichern und ehestens mit ihrer Einrichtung zu beginnen. Dabei wurde das Beispiel der Stadt Berlin herangezogen, die ausserhalb des Stadtgebietes schon im Jahre 1913 18 solcher Spiel- und Sportplätze unterhielt, und die sie während der Ferien die Berliner Jugend zum Spiel nutzte. Während der Schulferien im Jahre 1913 wurden annähernd 30000 Berliner Kinder dieser segensreichen Einrichtung teilhaftig. Für 40 v-h-Kinderzahlte die Stadt Berlin die Fahrtkosten, für alle stellte sie Suppe, Milch und Brot bereit. Auf allen Plätzen sind Feldküchen eingerichtet und im Sinne der auf der Mannheimer Tagung des deutschen Vereines für öffentliche Gesundheitspflege (September 1915) aufgestellten Leitsätze Kleidermaschinen abgehängt und ein Schutzdach für plötslich eintretenden Regen. Die Stadt Berlin bestellt zur Leitung dieser Ferienauf ihre Kosten Spielleiter. Der sozialdemokratischen be-

meinderäte haben dann weiter gefragt, ob der Bürgermeister geneigt ist, die in Bereiche des Wald- und Wiesengürtels ermittelten und sichergestellten Plätze für diesen Zweck sofort auszugestalten und das Gleiche an den Wiener Kindern zu tun, was die Berliner Gemeindeverwaltung an den Berliner Kindern tut; endlich wurde gefragt, ob die Auswärtigen von Fünfhallerfahrtscheinern durch die städtischen Strassenbahnen an alle Organisationen, die sich mit Kinderspielen und Kinderwanderungen befassen, künftighin erfolgen soll und ob diese Fünfhallerfahrtscheine nicht nur für die Strecke zum Gänsehäufel, sondern überall hin ins Aussengelände um Wien herum berechneten sollen.

Darauf hat der Bürgermeister am 18. Juni 1914 eine befriedigende Antwort gegeben. Er hat damals gesagt, dass er die Aemter bereits beauftragt hat, in einer Reihe von öffentlichen Anlagen Spielwiesen herzustellen und dies hat er noch durch die Bemerkung veranlasst, dass es dem Bürgermeister schon länger nicht recht gewesen sei, dass grosse Flächen lediglich zu Wiesen verwendet werden und die Kinder davon ausgeschlossen sind. Weiter hat der Bürgermeister versprochen, ein Verzeichnis der für Jugendspielplätze geeigneten Gründe vom Stadtbaumeister anlegen zu lassen und auch Vorsorge zu treffen, dass im Wald- und Wiesengürtel grössere Flächen für die Kinder bereitgestellt werden, endlich aber, dass er mit der Direktion der städtischen Strassenbahnen wegen der Auswärtigen von Fünfhallerfahrtscheinern das Einvernehmen pflegen werde. Von allen diesen Versprechungen ist in den zwei Jahren, die seither verlossen sind, leider kein einziges erfüllt worden. Nun drängt aber die Sache so, dass sie wohl nicht mehr länger aufgeschoben werden kann. Die Gemeinde Wien hat in dem 100 Millionenanlehen 2 1/2 Millionen für Spiel- und Sportplätze vorgesehen. Es ergeht daher an den Bürgermeister die Anfrage, ob unter dieser Post die Erfüllung des Versprechens, dass der Bürgermeister am 18. Juni 1914 gegeben hat, zu verstehen ist und weiters, ob er geneigt ist, den Rat von Fachleuten bei Anbahnung dieser Spiel- und Sportplätze anzuhören. Es ist durchaus notwendig, dass bei diesem Ablass die Mannheimer Leitsätze nicht übergangen werden und dass sich Wien durch ihre Erfüllung würdig den deutschen Grossstädten anreihen, die sich längst zu diesen Sätzen bekannt hat.

Herr Abgeordneter Weiskirchner: Ich kann auf diese Interpellation des Kollegen Skaret nur die Erklärung abgeben, dass die Errichtung von Jugendspielplätzen zu den wichtigsten und vornehmsten Aufgaben des Wiener Gemeinderates zählen und gewiss ein angemessener Teil des Hundert-Millionen-Anlehens hierzu verwendet werden wird. Welche Höhe dieser Betrag erreichen wird, wird von den Beschlüssen abhängen, die der Gemeinderat in dieser Angelegenheit fassen wird. Die Mannheimer Leitsätze wurden bei einigen Jugend-

2

Spieleplätze z. B. in 19. Bezirk Osterleitengasse bereits zur Anwendung gebracht. Auch Sachleute wurden bei Errichtung der Plätze zu Rate gezogen und zwar zumeist Vertreter derjenigen Jugendspielvereine, die den künftigen Betrieb zu führen hatten. Ich habe übrigens dem Gemeinderat die Mitteilung zu machen, dass ich mich entschlossen habe ein eigenes städtisches Jugendamt zu errichten (lauter Beifall), welchem der ganze Komplex dieser Fragen und der Kinderspielplätze zugewiesen wird, damit neues Leben in die ganze Sache hineinkommt (neuerlicher Beifall)

GR. Wolny verweist an einer Anfrage darauf, dass im schreiendsten Widerspruche mit den Bemühungen sozial fühlender Menschen die darauf abzielen, wie dem in den letzten Jahrzehnten immer mehr in die Erscheinung tretenden Geburtenrückgang begegnet werden könnte, noch immer die hartnäckige Ablehnung von Mietparteien mit Kindern seitens einiger Hauseigentümer und deren Verwalter steht und für den von der Reichspost am 5. April der Öffentlichkeit zur Kenntnis gebrachten Fall an. Nach eingehender Begründung wird die Anfrage gestellt: 1.) Ist der Herr Bürgermeister geneigt, die Behörden darauf aufmerksam zu machen, dass noch immer Fälle vorkommen, wo Mietern das Mieten einer Wohnung mit der Begründung verweigert wird, dass sie Kinder haben? 2.) Ist der Herr Bürgermeister geneigt, bei den Behörden darauf zu dringen, dass Kinder besitzende Mütter durch behördliche Massnahmen gegen ein derartiges Vorgehen vor der Gefahr der Unterstandlosigkeit bewahrt werden?

Bgm. Dr. Weiskirchner: Jedenfalls eine sehr schwierige Materie, die hier Kollege Wolny anregt. Zur ersten Frage: Wer von Herrn Interpellanten angezogene Fall, sowie ähnliche sind der Magistratsabteilung für städtische Wohnungsfürsorge aus der Presse bekannt; eine Beschwerde von Parteien ist bisher nicht eingebracht worden. Zur zweiten Frage: Die bestehende Gesetzgebung bietet keine unmittelbare Handhabe. Die Magistratsabteilung für städt. Wohnungsfürsorge hat unterm 25. Jänner 1914 einen eingehenden Bericht über die Frage der kinderreichen Familien als Mieter vorgelegt und Vorschläge erstattet, welche in der Hauptsache darauf hinausgehen, die unläugbaren Nachteile die für den Hausbesitzer insbesondere in der Hauserhaltung bei kinderreichen Familien gegenüber Kinderarmen oder Kindern ohne erwachsen, dadurch auszugleichen, dass Begünstigungen bei den steuerrechtlichen Abzügen für Hauserhaltung dann gemacht werden, wenn in einem Hause eine größere Anzahl von Kindern - nach dem Magistratsantrage durchschnittlich 3 auf die Wohnung - gezählt werden. Dieser Bericht ist durch mehrfache Anträge des Obmannes des Gemeinderatsausschusses für städtische Wohnungsfürsorge GR. Dr. Stich ergänzt und erweitert worden; die weitere Behandlung im städt. Wohnungsfürsorgeausschuss hat der Krieg unter-

brochen, wozu insbesondere noch bemerkt werden muss, dass ein Einschreiten der Gesetzgebung bei der Durchführung nicht zu umgehen wäre. Inwieweit die Gemeinde es selbst in der Hand hat, kinderreiche Familien vor der Gefahr der Unterstandlosigkeit zu bewahren, geschieht dies schon jetzt, indem bei der Erteilung von Bauerechten die Bedingung aufgenommen wurde: „Bei allen Vermietungen sind Bewerber mit kinderreichen Familien zu bevorzugen“. Bis zur allgemeinen gesetzlichen Regelung der Frage muss gewärtigt werden, dass die Hausbesitzerschaft in ihrer überwiegenden Mehrheit kinderreiche Familien bei der Aufnahme nicht ausschliesst und dass ein solcher Ausschluss namentlich unter den heutigen Verhältnissen mit Recht der öffentlichen schärfsten Missbilligung anheim fällt. - Ich werde mir erlauben in kürzester Zeit diese Fragen zur Diskussion des Stadt- und Gemeinderates zu stellen.

Gemeinderat Alois Eder und Genossen stellen folgenden Antrag: Am verflorenen schönen Sonntag wurde der 19. Bezirk von Seite einiger rücksichtsloser Ausflügler wieder arg heimgenommen durch Abreißen von Obstbaumblüten, Beschädigung der Bäume, Belagern der Wiesen, etc. Nachden heuer leider noch keine Flurwächter bestellt sind, die k. k. Sicherheitswache nicht ausreicht, dem rücksichtslosen Treiben dieser Leute Einhalt zu tun, bei eventueller Anzeige der Betreffende höchstens mit 2 Kronen bestraft wird, so wird auf diese Weise die Landwirtschaft treibende Bevölkerung von dieser Sorte von Leuten auf das Ärgste geschädigt. Es wird daher beantragt: Der Bürgermeister wolle bei der Oberbehörde vorstellig werden, daß die Sicherheitswache angewiesen wird, mit aller Strenge gegen solche Personen vorzugehen und daß die Beamten mit hohen Geld- beziehungsweise Arreststrafen vorgegangen wird.

Bgm. Dr. Weiskirchner bemerkt hierzu: Ich muss schon sagen, dass ich von hier aus die gesamte Wiener Bevölkerung bitte, besonders in der jetzigen Zeit Fluren und Obstbäume zu schonen. (Lauter Zustimmung!) Was hat da jemand für ein Verdrüß, wenn er ein paar welke Zweige nachhause bringt und draussen sind die Bäume verwüstet.

GR. Dobek beantragt in Angelerenheit der Errichtung der Kriegerheimstätten, einen Beirat bestehend aus geeigneten Elementen des Bürgerstandes, in welchen womöglich Industrie, Kaufmannschaft und alle übrigen Stände vertreten sind, zu schaffen und diesem Beiräte nicht nur die Aufgaben der Geldbeschaffung zu übertragen, sondern auch jene, welche mit den architektonischen sanitäts-hygienischen und Inneneinrichtungen verbunden sind.

Die Anträge werden an den Stadtrat geleitet. Es wird hierauf zur Tagesordnung übergegangen. VBgm. Hierhammer übernimmt den Vorsitz.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner über die Prolongierung der schwebenden Schuld von 60 Millionen Mark. Er führt aus: Der Gemeinderat hat mir im vorigen Monat einstimmig die Ermächtigung erteilt, wegen Prolongierung dieser Markanleihe abzuschließen, wenn es die Notwendigkeit erfordert. Ich war tatsächlich genötigt, eine rasche Entscheidung zu treffen, und unterbreite Ihnen nun die Bitte, die Vereinbarung nachträglich zu ratifizieren.

Der Schuldner, der in ausländischer Währung eine Anleihe aufgenommen hat, ist jetzt in der schwierigsten Lage. Es ist aber der Stadt Wien gelungen, Bedingungen zu erreichen, die günstiger sind, als jene, welche der ungarischen Regierung für ihre Anleihe von 150 Mill. Mark geboten wurden. Die Tatsache, daß der Gemeinderat die letzte Anleihe von 100 Mill. K. einstimmig genehmigte sowie daß die Anleihe ohne öffentliche Ausschreibung in drei Tagen vollständig versorgt war, so daß keine Titres mehr zu haben sind, hat einen nachhaltigen Eindruck in Deutschland gemacht. Das einstimmige Votum des Gemeinderates und die Aufnahme der Anleihe in den Wiener Kreisen, haben wieder bewiesen, wiewohl ^{Kredit} die Gemeinde Wien genießt und welches Vertrauen der Gemeindeverwaltung entgegengebracht wird.

Die Zeitdauer des Laufes der Anleihe ist fünf Jahre, wir sind also gezwungen im Jahre 1921 sie entweder zurückzahlen oder in eine fundierte Schuld umzuwandeln. Der bis jetzt in Geltung gewesene Zinsfuß von 4 1/2 % wurde natürlich erhöht. Wir leben in der Zeit des steigenden Zinsfußes und sie wissen ja, daß auch 5 1/2 % sogar 6 % gefordert werden. Der Kurs ist 92; dabei wurden jedoch der Stadt Wien gewisse Bonifikationen in der Erspareung des Stempels gewährt. Für die Kosten sind 4,800.000 Mark erforderlich. Für die Besitzer mußte nämlich ein Anreiz gegeben werden, damit sie die Kassenscheine nicht einlösen sondern umtauschen. Wir haben infolgedessen anstatt 60 Millionen Mark 65 Millionen Mark aufgenommen und so Gott will werden wir im Jahre 1921 in der Lage sein, daß wir sowohl diese Schuld sowie die Schuld von 100 Mill. Kronen einlösen bzw. in eine fundierte Schuld umwandeln.

Der Antrag wird ohne Debatte einstimmig angenommen. Bürgermeister Dr. Weiskirchner beantragt 10.000 Kronen für Zwecke von Liebesgaben an die im feindlichen Auslande internierten oder kriegsgefangenen Oesterreicher zu widmen, wobei jene Gefangenen- oder Interniertenlager zu berücksichtigen sind, in welchen sich Wiener befinden.

In seiner Begründung wies der Bürgermeister auf die in letzten Tagen durch die Zeitungen verlaublichen Zustände in den serbischen Gefangenenlagern hin (lebhafter Ruf), welche uns mit tiefstem Mitleid für die armen Gefangenen erfüllen müssen. Mit der Widmung der Liebesgaben werde bezweckt, die Gemütestimmung der Männer zu heben, von denen manche schon mehr als ein

Jahr fern von der Heimat und in vollständigster Unkenntnis der Verhältnisse in ihrem Vaterlande sind. Die Gefangenen sind daher unermessliches Mitleid und der vollsten Anteilnahme bedürftig.

GMR. Hein: erklärt sich mit dem Eintrage vollkommen einverstanden, denn die Gefangenen verdienen gewiss die weitgehendste Unterstützung. Leider kämen die Sendungen an den Gefangenen vielfach nicht an und aus den erschütternden Berichten über die Behandlung der österr. ungar. Gefangenen in Serbien habe man entnehmen können, was mit diesen Postsendungen geschehen sei. Diese Schilderung sagt der Redner ist ein Denkmal der Schande für unsere Gegener, die sich so an Menschenrecht vergangen haben. Oesterreich Ungarn ragt unter allen Staaten durch die Art der Behandlung der Gefangenen hervor, das haben auch die neutralen Journalisten, die hier gewesen sind, festgestellt - und sie haben offen zugegeben, dass unser Staat und unsere Stadt es an einer guten Behandlung der Ausländer niemals haben fehlen lassen. Das ist ein Beweis dafür, dass wir in dieser Zeit des Hasses unsere Gemütsart nicht verleugnet haben und in der Zeit der größten Feindseligkeiten doch den Angehörigen feindlicher Staaten in einer Weise entgegenkommen, wie es kaum irgendwo geschieht. Wir sollten daher auf eine gewisse Gegenseitigkeit rechnen können und hoffen dürfen, dass die österr. ungar. Gefangenen besser behandelt werden als dies tatsächlich der Fall ist. Der Redner legt dem Berichterstatter nahe, dem Gemeinderat eine höhere Summe zum Vorschlage zu bringen.

BGM. Dr. Weiskirchner: erwidert in seinem Schlussworte, dass die Bemerkungen des GMR. Dr. Hein sehr zutreffend seien und dass er den Vorschlag auf Erhöhung der zu widmenden Summe mit besonderer Befriedigung zur Kenntnis nehme. Ich werde, schliesst der Bürgermeister schon an den Gemeinderat herantreten, wenn ich mir die Gewissheit verschafft haben werde, dass unser Versuch auch zum Ziele führt. Was nützen uns noch so viele Spenden, wenn diese ihr Ziel nicht erreichen. Begnügen wir uns vorerhand mit diesem Betrage und dann, wenn wir die Ueberzeugung haben, dass unsere Landsleute in Sibirien und bis Wladibästock unsere Spenden erhalten haben, werde ich einen höheren Betrag zur Bewilligung vorschlagen. (lebhafter Beifall) Der Referentenantrag wird somit einstimmig angenommen.

VB. Hoß beantragt, der Fiatwerke A.-G. die Frist für die Erfüllung der an den Verkauf städtischer Gründe in Großjedlersdorf geknüpften Bedingungen bis Ende August 1916 zu verlängern. (Ang.)

StR. Braun beantragt, der Staatsbahndirektion aus Anlaß der Herstellung der Verbindungslinien Simmering-Transit-Oberlaa städtische und Bürgerkapitalfonds-Gründe in Oberlaa-Stadt, Simmering und Kaiser-Ebersdorf im Ausmaße von 9240 m² um K 2,78 per m² und 2858 m² um K 1,05 per m² zu überlassen. (Ang.)

Neubauer der Kaufschillingergasse für die Baustelle im 12. Bezirk Steinbauergasse, Ecke der Siebertgasse auf ein Jahr gestundet. (Ang.)

Nach einem Berichte des StR. Graf wird dem Karl Dobeck der Kaufschillingergasse für Gründe im 16. Bezirk neuerlich gestundet.

Hierauf wird zur Fortsetzung der Wechselrede über den Antrag des Stadtrates Regierungsrat Schmid betreffend die Schaffung eines Wasserweges vom Rhein zur Donau geschritten.

GMR. Rötter bemerkt, in längerer Rede, dass man, wenn Gmr. Fischer in der letzten Sitzung die Nordbahn als die-XX-jenige bezeichnete, welche den Donau-Oderkanal unmöglich machte, auf den Namen Rothschild hinzufügen müsse, der sich mit Rücksicht auf seine Dividenden energisch dagegen gewahrt habe. Wenn von anderer Seite gesagt werde, bei solchen Fragen spiele der Kostenstandpunkt keine Rolle, so müsse man der entgegengesetzten, dass dieses Wort schon oft gesprochen worden sei, wenn es aber dann zum Zahlen gekommen sei, war nie das Geld da. Auch die Verstaatlichung der Bahnen sei mit ein Grund für die Regierung gewesen, zu erklären, dass sie nicht in der Lage sei die Wasserstrasse zu bauen.

Wenn Gmr-Skaret angefragt habe, ob die christlich soziale in den Alpenländern noch immer Kanalgegner seien, so müsse ihm erwidert werden, dass in solch grossen Fragen ja immer und Freunde geben. Dabei wolle er auch richtig stellen, dass die Alpenbewohner durchaus keinen solchen grossen Vorteil vom Bau der Alpenbahnen hatten, der Nutzen kam vor allem Triest zu Gute und Süddeutschland, dass dadurch den Ausgang zum Meere erhalten hat.

Der Redner bespricht die Ursachen des geringen Verkehrs auf der Donau und betont, dass einer der Hauptgründe für die herrschende Verkehrsarmut die hohen Frachtsätze seien. Gewiss habe aber auch unsere Balkanpolitik eine gewisse Rolle gespielt.

zum Schlusse, dass er durchaus nicht den Optimismus des Referenten teilen könne, denn Deutschland werde, wenn die Wasserstrasse von uns zur Donau zustande komme, diese vor allem benutzen um seine Produkte nach dem Orient auszuführen und dortige Waren in sein Gebiet zu leiten. Deutschland habe auch immer Vorliebe für ungarische Produkte gezeigt und es habe sich schon während des Krieges ereignet, dass die Deutschen Mehl und Getreide bekommen haben, wir aber nicht. Wenn gesagt werde, dass die Wasserstrassen zur Einfuhr der Lebensmittel notwendig seien, so fürchte er ganz und gar, dass man dann vielleicht noch weniger Lebensmittel einführen werde. GMR. Fischer meine, man müsse die Wasserstrassen bauen, weil Ungarn sie brauche, dann müsse

~~haben.~~

GMR. Skaret Das ist aber in sehr engherziger Standpunkt.

GMR. Rötter: Haben die Ungarn schon einen weitherzigen

GR. Herold begrüsst die Vorlage und glaubt im Namen seiner Parteigenossen die Erklärung abgeben zu dürfen, dass sie dem Antrage mit Freuden zustimmen werden. Nach seiner Ansicht sei der Umstand, dass die Donau ohne Leben sei darauf zurückzuführen, dass sie keine Verbindung mit den deutschen Flüssen habe und dass die ganze Regulierung der Donau im Jahre 1890 mißglückt ist. Unser Handel darf durch die Feinde unseres Staates nicht gehemmt werden, er darf nicht auf Duldung passiert sein. Wir wollen eine freie Bahn haben, einen freien Weg zum Orient. Die Regulierung des eisernen Tores muß endlich in Angriff genommen werden und unsere Techniker, welche im Kriege so Großes vollbracht haben, sind dazu berufen. Die Rücksicht auf die staatliche Nordbahn darf nicht maßgebend sein dafür, daß der Donau-Oderkanal nicht gebaut wird. Für die Approvisionierung der Stadt Wien ist dieser Kanal von einschneidender Bedeutung. Ich ersuche deshalb den Referenten, die Regulierung des eisernen Tores und den Ausbau der Wasserstrasse durch die Errichtung des Donau-Oderkanals in seinem Antrag aufzunehmen und xxxxx darf mit den Worten Lutherer schließen: Und wenn die Welt voll Teufel wäre, es wird, es muß gelingen. (Lebhaft. Beifall.)

Ueber Antrag des GR. Wippl wird Schluss der Debatte genehmigt.

GR. Knoll verweist darauf, dass der Bezirk Floridsdorf in der Kanalfrage am lebhaftesten beteiligt ist. Der Donau Oderkanal wäre nicht nur der Stadt sondern dem ganzen Reiche zum Wohle geworden. Eine grosse Industrie brauche unbedingt Wasserstrassen und er begreife nicht, dass die Verwaltungen der grossen Bedeutung der Wasserstrassen nicht das nötige Augenmerk zuwenden. Die Stadt Wien müsse mit aller Entschiedenheit diese Frage behandeln (Beifall!)

GR. Dr. v. Born möchte auf ein sehr wichtiges Detail aufmerksam machen. Der für Wien neben dem Donau Oderkanal nächst wichtige Kanal ist der Donau-Moldau-Elbe-Kanal. Die Verbindung der Moldau nächst Rudweis mit der Donau nächst Korneuburg sei hinsichtlich der Länge der Strecke, der Grösse des Aufstieges der Abwicklung des Verkehrs und des Fahrpreises viel vorteilhafter als über Linz bzw. Untermühl an der Donau. Das oberösterreichische Linz wäre absolut nicht in der Lage mit der Eisenbahn zu konkurrieren. Darauf müsse auch in den Resolutionen Rücksicht genommen werden, weshalb er den Antrag stelle, bei der Anführung des Donau-Moldaukanals ausdrücklich die Strecke Korneuburg Rudweis zu benennen (Beifall!)

Ueber Antrag des Gemeinderates Schwern wird die Wahl von

Generalredner beschlossen. Es sind nur Pro-Redner vorzumerken.

GMR. Dr. Weiskirchner fährt als Generalredner aus: Wenn ich in dieser Debatte das Wort ererbe, geschieht es aus dem Grunde, weil ich durch die Worte des Bürgermeisters den Eindruck der Debatte nach aussen verstärken will. Ich will durch meine Rede bekunden, dass auch das Oberhaupt der Stadt voll und ganz auf dem Standpunkte steht, dass die Frage der mitteluropäischen Wasserstrassen nicht mehr von der öffentlichen Diskussion verschwinde und wünscht, dass die alte Kaiserstadt an der Donau in der Führung dieser Aktion an der Spitze steht. Wenn sie die Zeitungen des Auslandes verfolgen, sehen Sie, wie in Deutschland eine mächtige Aktion für die Ausgestaltung des Kanalschiffahrtswesens besteht, wie in Ungarn hervorragende Politiker, Staatsmänner und Handelsfachleute sich mit dieser Frage befassen, und ich habe es als meine Pflicht erachtet, diese Frage zur Diskussion des Gemeinderates zu stellen. Ich danke allen Rednern, welche in so sachlicher eindrucksvoller Weise gesprochen haben, dass wirklich der Eindruck der Einmütigkeit der Vertretung der Reichshauptstadt besteht. Ich kann mitteilen, dass in Württemberg ein eigener württembergischer Kanalverein im Entstehen begriffen ist, damit Württemberg gegenüber dem Rhein-Donau-Projekt nicht in den Hintergrund gerät und seine Industrie durch entsprechende Kanalisierung des Neckars den Anschluss an die grosse Wasserstrasse erhält. In Norddeutschland wurde eine eigene Verbindung geschaffen, welche sich mit dem Main-Werra-Weser Schiffahrtskanal befasst, ein Projekt, das von uns nur zu begrüßen ist, weil dadurch die grosse Handelsstadt Bremen direkt mit Wien bzw. dem schwarzen Meer in Verbindung treten würde. Wenn wir uns mit der Angelegenheit beschäftigen, dürfen wir nicht in den Fehler verfallen, dass wir eine Frage herausreifen. Es ist ein Komplex von Fragen, der unter einem behandelt werden muss. Es haben verschiedene Vorrädnere auf das hürberische Wasserstrassengesetz vom Jahre 1901 hingewiesen. Wir müssen konstatieren, dass die Vorlage von beiden Häusern des Reichsrates genehmigt wurde, obwohl nicht der Hauch eines Projektes vorhanden war. Die Projekte wurden 1910 fertiggestellt, dabei war das Wiener Hafenprojekt noch gar nicht mitinbegriffen. Was hat sich herausgestellt? In dem Kürbersehen Elaborate war für die erste Bauperiode von 1904 bis 1912 ein Anlehen von 250 Millionen Kronen vorgesehen. Im Jahre 1910 haben Techniker bereits - und zwar mit Ausnahme des Linz-Korneuburg Kanals - mit einem Betrage von 1600 Millionen Kronen gerechnet. Damals war man der Meinung, dass eine Milliarde eine schrecklich hohe Summe ist. Das haben wir uns im Laufe der Kriegsmomente abgewöhnt. Für uns sind Milliarden jetzt landläufige Dinge (Zustimmung). Was bisher von der Regierung für Wasserstrassenbauten angesetzt wurde, floss auch Böhmen, Mähren und Galizien. In die

ser Beziehung fordert es die Berechtigung gegen Wien und unsere Wasserstrasse, dass endlich auch für diese von der Regierung mit aller Macht eingetreten werde (Beifall). Der Krieg als Lehrmeister hat uns auch gezeigt, welche Bedeutung die Donau in sich schliesst. Vielleicht werden jetzt auch die Kanalgegner einsehen, dass ohne die Donau die Zentralmächte bereits in eine sehr unangenehme Lage gekommen wären. Es handelt sich nicht bloss um die Zufuhr aus Ungarn, sondern auch um die Zufuhr aus Rumänien. Die grösste Menge der Getreideexporte aus Rumänien kommt auf der Donau und die Befürchtungen bezüglich des eisernen Tores wurden weit überschätzt. Man hat mit 10 - 12 Schleppern pro Tag gerechnet, es werden aber 22 Schlepper pro Tag stromaufwärts gebracht und am Ufer der Donau wird eine eigene Eisenbahn gebaut, damit nicht immer mit Remorkören gearbeitet werden muss, sondern auch mit der Eisenbahn die Kähne weitergebracht werden können. Es wird an eisernen Tor gewiss noch viel zu tun sein, aber die Wasserstrassennotwendigkeit hat sich noch nie so erwiesen wie im Kriege und wie würden wir in unserer Approvisionierung stehen, wenn wir den Donauweg nicht hätten. Es ist mit Recht betont worden, was nützt ein drittes Geleise der Nordbahn, es muss ein viertes auch gebaut werden. Da bauen wir lieber eine von der Nordbahn unabhängige Wasserstrasse, was jetzt umso leichter ist, nachdem die Nordbahn jetzt nicht mehr Privatbahn ist. Eines ist in der Debatte nicht erwähnt worden. Was will Frankreich, Italien und England auf der Donau mitreden? Die Donau ist die Strasse Oesterreichs und Deutschlands nach Südosten und da haben nur die Verbündeten Zentralmächte, nur die Donauuferstaaten mitzureden und es muss mit Nachdruck gesagt werden: Unser ist die Wasserstrasse von Westen nach Südosten und wir wollen sie besitzen (lauter Beifall). Die Kanalgegner, die insbesondere im Jahre 1910 eine grosse Agitation entwickelt haben, haben immer auf die Rentabilität des Donau Oderkanals hingewiesen. Bei den Berechnungen von Fachleuten im Handelsministerium wurde eine bescheidene Rentabilität von 2 - 2 1/2 % herausgerechnet. Mich kümmert da die Rentabilität nicht.

Es gibt Notwendigkeiten, deren Rentabilität nicht im ziffermäßigen Betrage zum Ausdruck kommt, sondern welche der Weltwirtschaft zugute kommen und ich kann statistisch die Höheren Werte unter Umständen nicht berechnen. Es wurde einmal ein Wort des Direktors der Nordbahn bezüglich des Donau-Oderkanals zitiert: Im Sommer muss das Wasser zugeführt werden und im Winter ist es zugefroren. Was haben wir neuer? Wir können dem lieben Gott danken, dass er die Donau eisfrei gehalten hat und der Schiffsverkehrsverkehr nicht gestört war. Es wird auch vielleicht den Technikern gelingen, diese Schwierigkeiten zu überwinden, wie die Technik überhaupt in diesem Kriege Triumphe gefeiert hat.

Es handelt sich dabei aber auch gar nicht darum, den Donau-Oderkanal allein zu besprechen, ich möchte doch sehen, welche Rentabilität des Rhein-Donau-Kanals bestreiten würde und wir haben Güter genug die gegenüber der Bergfracht und Talfracht hinuntergehen können und wenn wir in diesen Tagen so oft von der Wirtschaftslinie bis Bagdad sprechen, so müssen wir doch zugeben, dass diese neue Verbindung eine Blütezeit für die Zentralmächte im Gefolge haben wird. Die Ausgestaltung des mitteleuropäischen Wasserstrassennetzes ist nach meiner Überzeugung eine Kulturtat ersten Ranges und wenn auch nicht wir, so werden doch unsere Kinder und Enkel den Nutzen davon finden. Weil ich die Bedeutung dieser Unternehmung erkenne und weil ich wünsche, dass Wien die führende Rolle in dieser Frage einnehmen soll, so stelle ich noch zu dem Antrage des Referenten den Zusatzantrag, der Gemeinderat wolle beschließen, eine Tagung der Donaustädte aus Deutschland und Oesterreich-Ungarn nach Wien zur Beratung des Rhein-Donaukanals einzuberufen. Die Österr. ungar. und die Deutsche Regierung werden dann einsehen müssen, dass es der Wille des Volkes ist diese Angelegenheit zum erfolgreichen Abschluss zu bringen. (lebhafter Beifall.)

Stadtrat Regierungsrat Schmidt stellt in seinem Schlussworte fest, dass fast alle Redner für den Antrag gesprochen hätten und erwidert auf die einzelnen Stimmen der Reden, er dankt dem Bürgermeister dafür, dass er als Oberhaupt der Gemeinde in dieser bedeutsamen Frage das Wort ergriffen habe und erklärt, man müsse in der Frage der Wasserstrassen den Standpunkt einnehmen, dass die für Wien eine unumgängliche Notwendigkeit bilden. (lebhafter Beifall.)

Der Antrag des Berichterstatters wird sodann nach einer tatsächlichen Berichterstattung des Ger. Ignatz Fischer einschliesslich des Zusatzantrages des Bürgermeisters einstimmig zum Beschlusse erhoben.

VB. Hoß legt den Verwaltungsbericht und die Bilanz der städtischen Elektrizitätswerke in Wien einschliesslich der Braunkohlen-Bergbau-Gewerkschaft Zillingdorf und des Ueberlandkraftwerkes in Ebenfurth für die Zeit vom 1. Juli 1914 bis 30. Juni 1915 vor.

Gemeinderat Ignatz Fischer wünscht die Errichtung möglichst vieler Ladestationen in den Straßen Wiens, um einen möglichst starken Elektro-Automobilverkehr zu erzielen. Er urgirt ferner seinen vor zwei Jahren gestellten Antrag auf Revision der Preise für elektrischen Strom, hauptsächlich in der Richtung, daß auch die kleinen Haushaltungen in die Lage versetzt werden, elektrisches Licht zu benutzen. Die günstige Rentabilität des Werkes werde hierdurch sicher nicht beeinträchtigt werden und er sei überzeugt, daß das technisch so vorzüglich geleistete Werk auch auf kommerziellen Gebiete das Beste leisten werde. ~~XXXXXXXXXX~~

Nach dem Schlussworte des Referenten wird die Vorlage genehmigt.

VB. Hoß legt den Verwaltungsbericht und Bilanz der städtischen Gaswerke für das Geschäftsjahr vom 1. Juli 1914 bis 30. Juni 1915 vor. (Ang.)

Nach einem Berichte des VB. Hoß sollen für die Kinderpflegestation der Stadt Wien zu den Posten „Heizüge des Personales der Gemeinde Wien und der Kongregation“ und „Auslagen für die Ernährung der Säuglinge und Kostgelder“ je 70.000 K als Zuschusskredite bewilligt werden.

OB. Skaret wünscht Aufklärung über die erstere Post, deren Höhe der Referent ~~XXXXXX~~ mit dem Ersatz der Kongregation durch die ~~XXXXXXXXXX~~ eigene Regie begründet.

Der Referentenantrag wird genehmigt.

VB. Hoß legt die Bilanz pro 1915 und Voranschlag pro 1916 der Zentralsparkassa der Gemeinde Wien vor. (Ang.)

VB. Hoß beantragt, den Einbau von Verwaltungsräumen in den Lauben des KZillagerhauses mit dem Erfordernisse von 50.000 K und die Inneneinrichtung des dritten Geschosses mit dem Erfordernisse von 89.690 K zu genehmigen. (Ang.)

VB. Hoß beantragt die Festsetzung der Baulinien längs der Staatsbahnbahnlinie Wien-Brün im 21. Bezirk. Der Antrag wird genehmigt.

VB. Hoß berichtet über die Beitragleistung der Gemeinde Wien zu den Kosten der militärischen Jugendvorbereitung und stellt folgenden Antrag: Die Gemeinde Wien leistet bis auf weiteres zu den aus Anlaß der militärischen Jugendvorbereitung erwachsenden Auslagen einen jährlichen Beitrag von 85.000 K. Von dieser Beitragleistung der Gemeinde Wien ist die Statthalterei in Kenntnis zu setzen und gleichzeitig zu ersuchen, bei der Regierung einzuwirken, daß zu den für die militärische Jugendvorbereitung erwachsenden Kosten von der Regierung ein entsprechender Beitrag geleistet werde. Der mit der n.-ö. Landes-Versicherungsanstalt auf die Dauer von 10 Jahren abzuschließende Vertrag, betref-

send die Haftpflicht- und Kollektiv-Unfall-Versicherung wird genehmigt.

die Bevölkerung Wiens

GMK. Skaret beanständet dass ~~an~~ ~~der~~ Bevölkerung Wiens Circulars versendet wurden, die die Unterschrift trugen vom „Bürgermeister Dr. Richard Weisskirchner“. Dadurch wurde ~~an~~ Aufforderungen zum Beitritte zum militärischen Jugendvorbereitung ein gewissermaßen amtlicher Charakter verliehen und die Bevölkerung könnte nicht mehr erkennen, dass dieser Beitritt ein freiwilliger sei. Dazu kommt noch, dass auf den Zähl- und Anmeldeblättern direkt auf den Erlass des Landesverteidigungs-Ministeriums verwiesen wird, mit dem selbzeit die militärische Jugendvorbereitung angeregt wurde. Ich bin weit entfernt davon, irgendwie zu glauben, dass darin möglicherweise die Absicht lag, die Bevölkerung unter dem Scheine eines gewissen Zwanges zur Anmeldung der Kinder zu veranlassen, aber es könnte doch sein, dass von den bisher angemeldeten ~~XXXXXX~~ 15.000 Kindern der größte Teil deshalb angemeldet worden ist, weil man glaubte, dies sei unbedingt erforderlich. Man hätte mehr Klarheit walten lassen sollen und ausdrücklich betonen müssen, dass der Beitritt ein durchaus freiwilliger ist. Ueberhaupt stellen wir uns die Frage der Teilnahme an solchen militärischen Jugendübungen wesentlich anders vor, wie die ~~XXXXXX~~ Herren vom Militär. Der Krieg hat unseren grundsätzlichen Anschauungen vom stehenden Heer in allen und jedem vollständig Recht gegeben, wir verlangen die Einführung einer allgemeinen Volkwehr und fordern dass jeder wehrfähige Bürger im Falle eines Angriffes sein Land verteidige. Ich glaube, die Zahl derer, die aus dem aktiven Militärstande hervorgegangen sind, wird heute nur mehr ausserordentlich gering sein, ueberwiegend ist die Zahl jener, die nie gedient haben, nie ein Gewehr in der Hand hatten und von denen wir heute lesen können, dass sie sich ganz tapfer schlagen, und dass viele Erfolge oft auf das Konto dieser unausgebildeten Landsturmbattallone zu setzen sind. Wir wollen deshalb auch bei der militärischen Jünglingsvorbereitung vermeiden wissen, dass eine neue Form von Soldatenspielerlei in die Bevölkerung getragen wird, wir haben von den Knabenhorten her weit genug.

Es ist notwendig, dass sich die Gemeinde endlich und ernstlich entschliesst, etwas mehr für Säuglingschutz zu tun als bisher. Auch der körperlichen Ausbildung in den Schulen sollte mehr Bedeutung beigemessen werden. Ich habe hier wiederholt ersucht, man möge den jugendlichen Turnvereinen, wenn sie auch nicht mit ihrer Parteimarke versehen sind, die Turnhalle so frei zur Verfügung stellen, wie man es Ihren Vereinen und einigen deutschnationalen gegenüber tut. Bis jetzt wurde uns nicht eine einzige Turnhalle für die Zwecke von Turnübungen und zu gar nichts anderem überlassen. Bezüglich der beantragten Neugründung habe ich die innere ernste Besorgung, dass die Jugendvorbe-

reitung ein militärisches Gepräge bekommt. In den Leitätzen des Erlasses des Ministeriums heisst es: Erziehung zum patriotischen Denken und Fühlen, Aneerziehung militärischer Tugenden, Ordnung, Disziplin, Kameradschaft und Uneigennützigkeit, Unternehmungslust, Besonnenheit, Geistesgegenwart, Entschlossenheit, Mut, Selbsterleugnung. Die Sozialdemokraten sind gegen das stehende Heer, wir sind für eine Volkwehr, für die Verteidigung der Scholle. ~~Wir wollen aber nicht, dass man die militärische Erziehung in den Schulen wieder herbeiführt und damit die Unsicherheit im Staate und der Staaten untereinander fördert und schärft.~~ Wir stimmen mit dem Urteile des christlichen Pädagogen Förster aus München über militärische Jugendvorbereitung überein. ~~Man kann in der Jugend-erziehung nicht den Gedanken an den Frieden rege und wach halten, wenn alles und jedes auf den Krieg auf kriegerische Ereignisse auf militärische Brutalisierung eingerichtet wird. Das Heranschleichen, das Umschleichen, das Gelände kennen lernen, den anderen zu überraschen, sich an ihn heranzumachen, das mögen wohl hervorragende militärische Tugenden im Kriege sein, bei der Erziehung junger Leute von 14-20 Jahren wird es nichts anderes geben können als das Heranschleichen, das Umschleichen.~~ In der jetzigen so schweren Zeit, wo wir durch keine Strassen gehen können, wo nicht Duben von verschiedenen Häusern und Strassen sich gegenseitig als Russen oder Engländer und Oesterreicher oder Deutsche deklarieren..... (Rufe bei der Majorität: Das war immer so, das haben wir auch so gemacht).

OB. Skaret: Das ist eben Sache der Jugend. (Rufe: „Ja also!“)

Dazu braucht man doch das ganze nicht in ein System zu bringen, nicht eine Organisation, um das vom 16. Lebensjahr bis zur militärischen Einberufung fortzusetzen. Mehr Säuglingsfürsorge, mehr körperliche Ausbildung in den Schulen, Vorkahrungen für die jungen Leute, dass sie auch touristische Ausbildung im weitestgehenden Masse mitmachen können, Geländekennntnisse, Karten lesen u.s.w., und Sie haben alles erfüllt, was sie der künftigen Generation als Vermächtnis mitgeben sollten. Lassen wir ab von Spielereien, wir müssen diese Post von 85.000 K für diesen Zweck ablehnen, weil wir sie unzweckmässig angebracht und für andere Dinge viel zweckmässiger finden.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner übernimmt den Vorsitz.

GMR. Dr. Loewenstein führt aus: Mit dem vorliegenden Antrage stattet die Gemeinde Wien eine Schuld ab, die sie eigentlich seit Jahren hätte abtragen sollen und sie deutet gleichzeitig den Beginn einer entsprechenden zielbewussten Jugendfürsorge an. Das Land und auch der Staat haben bisher nicht in entsprechender Weise Vorsorge getroffen die Jugend so heranzuziehen, wie es für die Wehrkraft des Staates notwendig ist. Es hat mein Vorredner darauf hingewiesen, dass ^{er} wir sich vor dem sogenannten Militarismus der in der Jugend eingeführt werden würde, fürchte, ich glaube, dass das Wort „militärisch“ als nähere Bezeichnung der Jugendvorbereitung schlecht gewählt ist. Unter „militärisch“ versteht man nicht den Drill die Kaserne u- s- w- , sondern etwas ganz anderes. Die Ansicht der deutschen Sozialdemokraten über die militärische Jugendvorbereitung sind auch ganz andere, sie bezeichnen sie als eine Notwendigkeit zur Hebung der Wehrkraft und fordern geradezu dass bereits im Kindesalter mit der militärischen Vorbereitung der Jugend begonnen werden soll. Es handelt sich nicht um Soldatenspielerlei, sondern darum, dem jungen Manne alle körperlichen und moralischen Eigenschaften mitzugeben, die er als Rekrut braucht und in diesem Sinne bedeutet die Hebung der Wehrkraft, die Hebung der Volkskraft. Insbesondere in den jungen Jahren ist auf die Jugend Bedacht zu nehmen und heute ist es mehr denn je erforderlich. Der Redner spricht den Wunsch aus, die Mehrheit des Gemeinderates möge in die Jugendfürsorgekommissionen auch Vertreter der Minorität entsenden lassen und gibt der Hoffnung Ausdruck, dass die grosszügige Jugendfürsorge Aktien auch vollen Erfolg bringen werde. Die Jugend ist das beste Kapital des Staates und aus Gründen der Erziehung der Moral und der Ästhetik sind wir verpflichtet in dieser Beziehung das Beste zu leisten. In diesem Sinne dürfen Sie auch ~~xxxxxxx~~ unserer tatkräftigsten Unterstützung versichert und überzeugt sein, dass Sie uns in dieser Angelegenheit voll an Ihrer Seite finden.

GMR. Lux beantragt Schluss der Debatte.

GR. Rummelhardt: Wenn der Vorredner wünschte, daß für den Säuglingschutz mehr geschehen soll, so bin ich vollständig seiner Ansicht. Wir dürfen jedoch den Jugendschutz für die Erben des Glückes deshalb nicht vernachlässigen. Wir behandeln die militärische Jugendvorbereitung vom Standpunkt der Jugendfürsorge, welche deshalb notwendig ist, weil ein großer Teil der Bevölkerung nicht in der Lage ist, die Kinder im Hause selbst vor allen Gefahren der Großstadt zu schützen. Der Gemeindeverwaltung gebührt Dank dafür, daß sie die Knabenhorte geschaffen hat. Gerade nach dem 14. Lebensjahre hört der Einfluß der Schule auf und gerade in dieser Zeit kommt der Knabe, der einem ungelerten Berufe sich gewidmet, in Gesellschaften, welche oft die schädlichsten Folgen für sein gan-

zes künftiges Leben haben. Wir wollen eben die militärische Jugendvorbereitungso einrichten, daß sie nicht Soldatenspiel und Soldatenthrill ist, sondern daß sie sich harmonisch einfügt in die gesamte Jugenderziehung. Und unsere militärische Jugendvorbereitung wird eine große Gewähr für die Jugend bilden als alle Vereine jugendlicher, die zu demselben Zwecke geschaffen wurden. Bietet denn uns jeder jugendliche Turnverein die Sicherheit, daß die Jugend ~~da~~ selbst auch seelisch ertüchtigt wird, daß der Verein auf dem Standpunkte des Staatsgrundgesetzes und des österreichischen Staatsgedankens steht? Die Gemeinde Wien tut recht daran, daß sie den Sokolvereinen die städtischen Turnsäle nicht überlassen hat. Wenn behauptet wird, es dürfen die Turnsäle auch anderen Vereinen nicht überlassen werden, die auf rein nationaler Grundlage stehen, so muß ich wohl hervorheben, daß Vereine, welche auf dem Standpunkte des Oesterreichertums und der Liebe zum Vaterlande stehen, doch eine andere Behandlung erfahren müssen.

Es wurde gesagt, dass es das Ziel der Sozialdemokraten ist, eine Volkswehr zu schaffen. Der Krieg hat eine solche geschaffen. Wenn gesagt wurde, dass diese geschaffen wurde ohne militärische Vorbereitung, so ist damit gesagt, ob diese Volkswehr physisch nicht noch tüchtiger gewesen wäre, wenn sie in ihrer Jugend eine militärische Vorbereitung genossen hätte. Es ist unsere patriotische Pflicht zu sorgen, dass unsere Jugend voll und ganz an Körper und Seele tüchtig ist, wenn je wieder an sie der Ruf ergehen sollte, das Vaterland zu verteidigen. Eine richtige militärische Vorbereitung kann Wünsche erfüllen, die von verschiedenen Seiten der produzierenden Bevölkerung mit Recht seit Jahren gehegt werden. Namentlich die technischen Gewerbe haben in diesem Kriege gezeigt, dass ihnen hochintelligente Männer angehören. Eine zielbewusste militärische Vorbereitung wird dazu führen, dass auch Gesetzgeber und Militärbehörden einschen werden, dass eine 3jährige Dienstzeit nicht notwendig ist, wenn von Jugend auf die männliche Bevölkerung in diesem Sinne erzogen, ertüchtigt und ausgebildet ist, sondern dass es auf Grund der Vorbildung und Intelligenz möglich sein wird, die Präsenzdienstzeit zu verkürzen (Zustimmung). Es war auch die falsche Meinung verbreitet, dass die militärisch vorbereiteten, eher zur Dienstleistung herangezogen werden. Die militärische Vorbereitung kann aber nur Vorteile bringen und ~~wadax~~ überdies dient man sich der leichter, der eine militärische Vorbereitung genossen hat.

Nebst der körperlichen Ertüchtigung hat diese Erziehung auch einen moralischen Zweck im eminentesten Sinne des Wortes. Bis zum 14. Lebensjahre ist ja die gewöhnliche Schulerziehung wirksam. Aber wissen Sie nicht, daß unsere schulpflichtige gewerbliche Jugend schon im 15. und 16. Jahre das Subordinationsgefühl und den Gehorsam völlig verlernt?

Da ist die militärische Jugendvorbereitung berufen einzugreifen, auf daß aus unserer Jugend körperlich und seelisch tüchtige Staatsbürger werden, die weder die Tendenz dieses oder jenes jugendlichen Vereines aufnehmen, sondern die vor allem fühlen lernen, was jeder echte Soldat fühlt, das sie kaisertreu und vaterlandsliebig sein müssen. (Lebhafter Beifall.)

In seinem Schlusssortie dankt Vicebürgermeister Hoss den Gemeinderäten Rumlaut und Dr. Loewenstein für ihre trefflichen Ausführungen und erwidert dem Gemeinderate Skaret, dass bei der Aufforderung ~~xxxxxxx~~ zur Anmeldung für die militärische Jugendausbildung durchaus kein Zwang geübt wurde. Der Bürgermeister habe bloß seiner Pflicht als Chef der politischen Behörde Rechnung getragen und den Erlass des Landesverteidigungsministeriums verlautbart. Es sei nur zu bedauern, dass die Angelegenheit zur militärischen Jugendvorbereitung nicht gesetzlich geregelt worden sei, denn mit dem freiwilligen Beitritte werde das Ziel nicht voll erreicht werden können. Es handle sich durchgus um keine Soldatenspielerlei wie sie in einzelnen Vereinen geübt werde und wie sie auch den Knabenhorten vollkommen gerne liege, sondern um eine ernste Vorbereitung für den späteren Militärkurs. Wenn gemeint worden sei, dass hiezu nötigen Summen bessere Verwendung finden sollten, so könne er nur erwidern, dass der Bürgermeister zur gegebenen Zeit gewiss auch den grossen Fragen der SMglings- und Tuberkulosefürsorge näher treten werde.

Der Antrag des Berichterstatters wird sodann angenommen. VB. Hoß beantragt, dem Dr. Raimund Nimführ zur Herstellung eines Modelles einer automatisch kipp- und sturz sicheren, sowie schwebefähigen Segelflugmaschine eine Subvention von 1000 K zu bewilligen. (Ang.)

VB. Hierhammer beantragt die Widmung von Räumen im aufgelassenen Kommunalbade an der Reichsbrücke zur Aufbewahrung von Wohnungs- und Werkstättenrichtungen durch den Krieg in Not geratener Personen. (Zuzustimmung)

GR. Bratschneider wünscht beim Transporte und der Einlagerung größere Sorgfalt zu verwenden.

Der Referentenantrag wird hierauf angenommen.

VB. Hierhammer beantragt jenen Sicherheitswachleuten, welche sich bei Lebensrettungen und Hilfeleistungen im Jahre 1915 besonders verdient gemacht haben, eine Remuneration im ^{Gesamt-} Betrage von 6000 K zuzuerkennen. (Ang.)

Nach einem Berichte des VB. Rain wird der Tagesheimstätte für Mädchen 17. Bez. Coblergasse 45 fünfzig Schulbanksitze unentgeltlich überlassen.

StR. Grünbeck beantragt den Ankauf von Gründen an Dornbach im 17. Bezirk im Ausmaße von 12.078 m² um den Pauschalbetrag von 48.000 K. (Ang.)

sollen
Nach einem Berichte des StR. Grünbeck ~~wenden~~ dem Südmarkgau „Wien“ die anlässlich der Benützung der Sitzungsäle in Amtshäusern zur Abhaltung von Vorträgen über die Wirtschaftsführung im Kriege auflaufenden Reinigungs-, Beheizungs- und Beleuchtungskosten nachgesehen werden.

GR. Skaret bemerkt, er müsse konstatieren, dass die Gemeindeverwaltung gegenüber den verschiedenen Parteien, bei derartigen Ansuchen nicht einen einwandfreien und unpolitischen Vorgang einhalte. ~~Bannha~~

Der Referentenantrag wird genehmigt.

Nach einem Berichtes des StR. Dr. Haas wird die Seelorge im Kaiserin Elisabeth-Kinderhospitale der Stadt Wien in Bad Hall bis zur eventuellen Bestellung eines eigenen Anstaltsseelorgers dem Pfarrer von Bad Hall übertragen und demselben hiefür eine Remuneration jährlicher 600 K bewilligt.

Nach einem Berichte des StR. Schneider wird der Ersten gemeinnützigen Baugesellschaft für Kleinwohnungen, G.m.b.H. die Frist für die Uebernahme der Baurechtgründe im 18. Bezirk auf drei Monate erstreckt. (Ang.)

Nach einem Berichte des StR. Scherw wird dem Oesterreichischen Künstlerbund für die vom 10. April bis 10. Mai 1916 stattfindende Kunstausstellung ein Ehrenpreis von 200 K bewilligt.

StR. Tomola beantragt dem Vereine „Südmark“ wie in den Vorjahren die Jahressubvention von 5000 K für 1915 nachträglich zu bewilligen. (Ang.)

StR. Tomola legt eine Entscheidung des Handelsministeriums in Sachen der Betriebsanlage der „Projektograph“ Kinematographen- und Filmfabrik A.G. vor und beantragt von der Einbringung der Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof abzusehen. (Ang.)

StR. Wagner beantragt für die ander Wagramerstraße im 2. Bezirk geplante Kriegeskapelle die Baulinien zu bestimmen. (Ang.)

StR. Zatzka beantragt eine minder wichtige Abweichung von den Verbaunungsbestimmungen für die Liegenschaft 13. Bez. Ameisgasse 23.

GR. Skaret bemängelt die Abweichung von einem einmal gefassten Gemeinderatsbeschlusse, bittet dem Antrage nicht die Zustimmung zu geben, und ersucht den Bürgermeister, das Referat von der Tagesordnung abzusetzen.

GR. Melcher ist im Prinzipie gegen Abweichungen von gefassten Beschlüssen, er muss aber nach Einsichtnahme des Planes erklären, dass beinahe gar keine Abweichung von dem bereits bestehenden Objekte getroffen wird.

StR. Zatzka betont in seinem Schlussworte, dass bezüglich des Luftraumes sogar eine Verbesserung getroffen wird.

Bgm. Dr. Weiskirchner: Ich bin nicht in der Lage dem Wunsche des Herrn Kollegen Skaret Rechnung zu tragen. Ich stimme ihm im Prinzipie zu, aber die Einsichtnahme in den Plan hat mich überzeugt, dass keine Abweichung von unseren prinzipiellen Beschlüssen stattfindet.

Der Referentenantrag wird schon angenommen.

StR. Zatzka legt den Schlußbericht über die von der Gemeinde Wien durchgeführten künstlerischen Wettbewerbe vor. An Preisen kamen 35.500 K zur Verteilung. Der Bericht wird genehmigt.

StR. Zatzka berichtet über die Aenderung der Grenze zwischen der dreistöckigen und der zweistöckigen geschlossenen Verbaunung in der Schönbrunnerstraße im 12. Bezirk. ~~xxxx~~

Dem Referentenantrag wird zugestimmt.

Hierauf schliesst Bürgermeister Dr. Weiskirchner die ^{öffentliche} Sitzung.

In der vertraulichen Sitzung des Gemeinderates brachte Gemeinderat Oberkurator Steiner folgenden von sämtlichen Mitgliedern des Bürgerklubs unterschriebenen Antrag ein: Der Existenzkampf, den das Vaterland führt und der zum großen Teil schon zu unseren Gunsten dank der Genialität unserer Heerführer und des Heldenmutes unserer Soldaten entschieden ist, war auch zugleich die Feuerprobe für die Existenz der Gemeindeautonomie. In unserer schweren Zeit mußte die freie Gemeinde beweisen, daß sie der großen Aufgabe gewachsen ist, die Staat und Volk von ihr verlangt und sie mußte sich fähig zeigen, einen Teil der Kriegslasten auf sich nehmen und bewältigen zu können. Die freie Gemeinde hat ihre Existenznotwendigkeit glänzend erwiesen. Dies ist zu unserer Freude und zu unserem Stolz insbesondere von der Reichshaupt- und Residenzstadt Wien zu sagen, auf welche alle übrigen Gemeinden in der Kriegszeit blickten und welche, wenn sie versagte, das ganze System der freien Verwaltung hätte gefährden können. Die Gemeinde Wien hat in der Kriegszeit nicht nur ihre Pflicht erfüllt, sie hat auf dem Gebiete der Kriegsfürsorge weit

mehr geleistet, als in ihrem Pflichtenkreise gelegen ist. Diesen Triumph hat die Stadt Wien dem Umstande zu danken, daß an ihrer Spitze ein Bürgermeister steht, der mit starker Hand die Geschicke dieser Stadt leitet und sich um das Wohl ihrer Bewohner in harter Zeit die größten Verdienste erworben hat.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner ist dazu berufen, einem großen Verwaltungskörper vorzustehen. Mit glänzenden Fähigkeiten ausgestattet, lernte er, im Volke erzogen und aufgewachsen, sein Volk schätzen und lieben.

Er wurde am 24. März 1861 im 5. Wiener Gemeindebezirk als Sohn eines Lehrers geboren und trat nach Absolvierung seiner rechts- und staatswissenschaftlichen Studien im Jahre 1883 in den Konzeptsdienst der Stadt Wien. Hiedurch eröffnete sich für Dr. Weiskirchner ein weites Feld zur Betätigung seiner sozialpolitischen Anschauungen auf allen Gebieten unseres öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens. Im Jahre 1901 wurde Dr. Weiskirchner zum Magistrats-Vizedirektor und im Jahre 1903 zum Magistratsdirektor berufen. Im Jahre 1897 wurde er vom 9. Wiener Gemeindebezirk in das Abgeordnetenhaus des Reichsrates entsendet. Im Jahre 1898 vom 8. Wiener Gemeindebezirk in den n.-ö. Landtag gewählt. Im Jahre 1907 wurde er zum Präsidenten des Volkshauses gewählt, das zum ersten Male auf Grund des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes zusammentrat. Im Jahre 1909 wurde Dr. Weiskirchner durch das Vertrauen der Krone zum Handelsminister ernannt. Am 23. Dezember 1912 wurde Dr. Weiskirchner zum Bürgermeister der Stadt Wien gewählt. In seiner

Antrittsrede erklärte er, daß die oberste Pflicht des Amtes darin bestehe, dem Volke zu dienen, seine Bedürfnisse wahrzunehmen und dieselben im Rahmen des gesamtwirtschaftlichen Interesses auch zu befriedigen. Diese Pflicht hat er getreulich erfüllt. Wir alle stehen unter dem Eindrucke der Riesenleistungen dieses Mannes, die er schon während seiner Bürgermeisterschaft im Frieden, aber insbesondere während der Kriegszeit vollbracht hat. Er mußte mehr sein als der bloße Verwalter eines großen Gemeinwesens, er mußte im Weltkriege der Verteidiger eines Bollwerkes sein, das den Helden an der Front unentbehrlich ist und ihrem Kampf den Rückhalt bietet.

Dr. Weiskirchner hat dies getan mit einer Kriegsfürsorge die alle Gebiete umfaßt, mit einer Lebensmittelverwaltung, die die Wiener Bevölkerung bisher vor Not geschützt hat. Durch seine opferreiche, nimmermüde Arbeitskraft, durch seine glänzenden Kenntnisse und Erfahrungen hat er es allen Schichten der Bevölkerung ermöglicht, die Konsequenzen des Krieges im Hinterlande, wenn auch mit Einschränkungen zu ertragen.

Die Wiener Geschichte wird seinen Namen in ehrenvoller Weise mit der gesamten Kriegsgeschichte für immer verbinden; Dr. Weiskirchner war es, der in drangvoller Zeit täglich und stündlich bis zum endlichen siegreichen Erfolge seine Pflicht voll und ganz erfüllte. An der Gemeindevertretung ist es aber, ihm ein Zeichen der Verehrung und Dankbarkeit für alle Zeiten zu geben. Ich stelle daher den Antrag: Seine Exzellenz den k.u.k. Geheimen Rat und Minister a.D. Bürgermeister Dr. Weiskirchner in Würdigung seiner hohen Verdienste, die er sich während seiner ganzen öffentlichen Wirksamkeit, insbesondere aber als Bürgermeister während der Kriegszeit um die Stadt Wien erworben hat, zum Ehrenbürger der k.k. Reichshaupt- und Residenzstadt Wien zu ernennen.

Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Weiters wurde nach einem Berichte des StR. Schmid an Oberkurator Leopold Steiner anlässlich der Vollendung seiner 25 jährigen Tätigkeit im Gemeinderate der Stadt Wien in dankbarer Würdigung seiner großen Verdienste auf öffentlichem Gebiete das taxfreie Bürgerrecht, nach einem Berichte des StR. Heindl an den Gemeinderat Alfons Herold in Anerkennung seines verdienstvollen Wirkens auf zahlreichen Gebieten der Gemeindeverwaltung anlässlich des 25. Jahrestages seiner ersten Wahl in den Wiener Gemeinderat die ^{doppelt} große goldene Salvatormedaille und nach einem Berichte des ~~VERKLEINERTEN~~ StR. Grünbeck an Gemeinderat Karl Rykl in Würdigung seiner sechzehn jährigen verdienstvollen Tätigkeit auf verschiedenen Gebieten der Gemeindeverwaltung das Bürgerrecht mit Nachsicht der Taxen verliehen. Nach einem Berichte des VB. Hoß wird die Beförderung des Direktors der Zentralsparkasse Dr. Alfred Meller in die 6. Rangklasse genehmigt und nach einem Berichte des StR. Schwer die Verlängerung des dem akad. Bildhauer Karl Sterrer bewilligten Ehrangehaltes auf Lebensdauer bewilligt.